



Sitzung vom

19. November 2024

Mitgeteilt den

19. November 2024

Protokoll Nr.

889/2024

Richtplanung Graubünden

Anpassung kantonalen Richtplan im Bereich Siedlung

Ergänzung Kapitel 5.5 Störfallvorsorge

Beschluss

1. Anlass und Ausgangslage

Mit der am 1. Mai 2024 in Kraft getretenen Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG; SR 700) gewann die haushälterische Bodennutzung zusätzlich an Bedeutung. Das neue Raumplanungsgesetz verstärkt den Fokus auf die Siedlungsentwicklung nach innen und die Abstimmung von Siedlung und Verkehr. Damit wird die räumliche Entwicklung noch stärker in zentrale und gut erschlossene Gebiete gelenkt. Diese Gebiete sind potenziell von einem Störfallrisiko betroffen. Aus diesen Gründen hat die Koordination von Störfallvorsorge und Raumplanung in den letzten Jahren an Wichtigkeit gewonnen.

Im Rahmen der Genehmigung des Richtplans Verkehr im Februar 2022 forderte der Bund gestützt auf Art. 11a der Störfallverordnung (StFV; SR 814.012) den Kanton Graubünden daher auf, den kantonalen Richtplan in Bezug auf die Koordination zwischen Raumplanung und Störfallvorsorge zu ergänzen.

Die gesetzliche Grundlage zur Störfallvorsorge findet sich im Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG; SR 814.01). Der Bund legt darin fest, welche Anlagen der Störfallverordnung unterstehen. Es handelt sich hierbei um chemische und biologische Betriebe, Eisenbahnanlagen, Strassen und Rohrleitungsanlagen.

2. Wesentliche Inhalte der Ergänzung des kantonalen Richtplans

Als Störfall wird ein ausserordentliches Ereignis in einer Produktionsstätte, einem Lagerort oder auf einem Verkehrsweg bezeichnet, bei dem erhebliche negative Einwirkungen auf die umgebende Umwelt und die betroffene Bevölkerung auftreten. Insbesondere die Produktion, der Transport und die Lagerung von Treibstoffen, Brennstoffen und Chemikalien sind mit Risiken verbunden. Andererseits sind die entsprechenden Güter für die Gesellschaft und die Wirtschaft notwendig. Da Störfälle zwar selten sind, im Ereignisfall aber katastrophale Folgen haben können, dürfen Anlagen und Transportachsen nur dann betrieben bzw. erstellt werden, wenn die Risiken gemäss StFV tragbar sind.

Das neue Richtplankapitel enthält demzufolge die Zielsetzung, dass die Siedlungsentwicklung, die Siedlungsverdichtung und die Störfallvorsorge so aufeinander abgestimmt werden, dass Störfallrisiken möglichst nicht erhöht werden. In den Leitsätzen wird insbesondere festgelegt, dass mittels der Störfallvorsorge Risiken minimiert und «empfindliche Nutzungen» vor Gefahrenpotential geschützt werden sollen. In den Handlungsanweisungen werden Aufträge im Zusammenhang mit der Störfallvorsorge sowie die Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden festgelegt.

3. Vorprüfung Bund

Mit Schreiben vom 19. Februar 2024 reichte der Kanton Graubünden die Richtplananpassung zur Vorprüfung beim Bund ein. Die Vorprüfung durch das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) erfolgte zeitnah und wurde mit Bericht vom 11. April 2024 abgeschlossen. Der Bund begrüsst, dass der Kanton die Aufgabe der Störfallvorsorge mit der vorliegenden Richtplananpassung umgesetzt hat. Im Einzelnen stellt das ARE fest, dass die Erarbeitung des Richtplans des im Sinne der Planungshilfe «Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge» des Bundes erfolgt sei. Das Bundesamt für Umwelt qualifiziert das Richtplankapitel 5.5 «Störfallvorsorge» über die Verhütung von schweren Unfällen als «ein Musterbeispiel seiner Art». Dieses enthalte alle relevanten Elemente, die zu diesem Thema in einem Richtplan erwartet würden, insbesondere in Bezug auf die Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge. Dementsprechend hat der Bund keine Anträge, Aufträge oder weitere Bemerkungen zur vorliegenden Richtplananpassung.

4. Vorvernehmlassung bei den Gemeinden

Von den im Richtplan neu definierten «Konsultationsbereichen», wo ein erhöhtes Störfallrisiko besteht, sind in Bezug auf «stationäre Betriebe», «Eisenbahn» oder «Erdgasleitungen» eine Reihe von Gemeinden betroffen. Bei den Erdgasleitungen kommt zudem ein «Gefährdungsbereich» hinzu. Mit Schreiben vom 23. Februar 2023 wurden die 29 betroffenen Gemeinden im Sinne von Art. 7 Abs. 1 der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO; BR 801.110) eingeladen, sich zum Entwurf der Richtplananpassung zu äussern. Aus den Anträgen der vier eingegangenen Stellungnahmen ergab sich kein Anpassungsbedarf. Für die öffentliche Auflage gemäss Art 5 KRG konnte der Entwurf des Kapitels 5.5 «Störfallvorsorge» somit unverändert belassen werden.

5. Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage fand vom 5. Juni bis 3. Juli 2024 statt. Aus den Anträgen der eingegangenen zehn Stellungnahmen ergab sich ebenfalls kein Anpassungsbedarf.

Dem Beschluss des Richtplankapitels 5.5 «Störfallvorsorge» steht somit nichts entgegen.

Gestützt auf Art. 14 Abs. 2 KRG

beschliesst die Regierung:

1. Die Ergänzung des kantonalen Richtplans mit dem Kapitel 5.5 «Störfallvorsorge» vom 11. November 2024 wird beschlossen und für die Behörden des Kantons Graubünden als verbindlich erklärt.
2. Der Mitwirkungsbericht vom 11. November 2024 wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales wird ermächtigt, die Richtplananpassung dem Bundesrat zur Genehmigung einzureichen und allfällige Verhandlungen mit den zuständigen Bundesbehörden im Rahmen des Genehmigungs- und Bereinigungsverfahrens zu führen (Art. 8 KRVO).

4. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die Öffentlichkeit über die Richtplananpassung zu orientieren und den Richtplan im Internet entsprechend dem vorliegenden Beschluss nachzuführen.
5. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die am Auflageverfahren Beteiligten mit dem vorliegenden Regierungsbeschluss, mit der Richtplananpassung sowie mit dem Mitwirkungsbericht zu dokumentieren.
6. Mitteilung an:
 - alle Departemente
 - Standeskanzlei
 - Amt für Natur und Umwelt
 - Amt für Raumentwicklung
 - Departement für Volkswirtschaft und Soziales (samt Unterlagen)



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin